

Die Lesung verlief geordnet. Das Schulwesen und der Zivilschutz bildeten die grössten Abschnitte der Sitzung. Die Abstimmung war einhellig.⁵³³

8.2.4 Fazit

Das Parlament behandelte die Rechnungen während den 50er Jahren stiefmütterlich. Zentral war der Bericht der Revisionsstelle, den die Geschäftsprüfungskommission heranzog und kontrollierte. Erst in den 60er Jahren und mit dem starken Ansteigen des Budgets sorgte man sich vermehrt um die finanzielle Kontrolle. Während die Parteien zu Beginn der 60er sehr einvernehmlich die aufgeworfenen Fragen angingen, zeichnete sich in der Mitte des Jahrzehnts ein Wandel ab. Die Kritik, vor allem durch Otto Schädler und der VU, wurde lauter. Das Verhältnis zwischen Kommission, Revisionsstelle und Regierung stellte man in Frage. Man zweifelte an der Leistungsfähigkeit der Kommission und wünschte mehr und bessere Informationen. Der Landtag und die Regierung reagierten. Die Berichte wurden überarbeitet, die Abgeordneten forderten vermehrt Auskunft von der Regierung und man referierte über die finanzielle Situation des Landes. Zudem wünschte man eine neue Geschäftsordnung. Man verhandelte den Diskurs neu. Die Lösung der Probleme übertrug man zwei Vertretern beider Parteien: Peter Marxer und Ivo Beck.

Ähnlich wie bei den Budgetdebatten zeichnete sich 1969 auch bei den Rechnungen ein Bruch ab. Die VU lehnte mit dem Verlassen des Landtagsaales in der in der Mitte des Jahres das Vorgehen der FBP ab. Die Spielräume wurden enger. In der Sitzung Ende des Jahres äusserte man Unmut über die Darstellung der FBP über die finanzielle Lage des Landes, mit der man gegen die Vorschläge der VU argumentierte.

1970 verhandelte man die Rechnung noch zurückhaltend. Die Rechnung war das Ergebnis des Vorjahres und gab nur bedingt über die Leistung der neuen Regierung Aufschluss. Vermutlich waren auch die mangelnde Erfahrung der Regierung und die neue Geschäftsordnung Ursache für die kurze Debatte.

1971 änderte sich die Situation markant. Der Regierungschef musste einen Fehlbetrag rechtfertigen. Die Einschätzung der finanziellen Situation Liechtensteins wurde umstritten - dazu gehörte auch die Art und Weise zu budgetieren und abzurechnen. Die Auseinandersetzung um die Finanzpolitik begann man auch hier zu führen. Dazu kam der vergangene Kampf um den Finanzausgleich und Missverständnisse in der Geschäftsprüfungskommission. Vor allem Herbert Kindle führte die Auseinandersetzungen

⁵³³ Ltp vom 8.7.80, S. 266-290.